

Griechenland: Der Kampf geht weiter

[International](#) / 21. Juli 2015

Stathis Kouvelakis, Mitglied im Parteivorstand von Syriza und führendes Mitglied der Linken Plattform, beschreibt im Interview, was für Lehren er aus den letzten Wochen gezogen hat und wie seine Perspektive für Syriza und die europäische Linke aussieht.

Was waren die Ursachen für das Referendum im Juli? Für viele kam es aus heiterem Himmel, als Trumpf, den der griechische Premier Alexis Tsipras aus dem Ärmel geschüttelt hatte. Aber es herrscht einige Unsicherheit über seine Motive – manche spekulieren sogar, dass er mit einer Niederlage gerechnet haben soll.

Ich meine, dass das Referendum ganz klar ein Versuch war, sich aus der Falle zu befreien, in welche die Regierung im Verhandlungsprozess geraten ist.

Es war tatsächlich recht offensichtlich, dass die Regierung wie Tsipras im Laufe der Abwärtsspirale immer weiterer Zugeständnisse erkannt haben, dass kein Vorschlag die Troika jemals zufriedengestellt hätte. In der letzten Juniwoche war dann klar, dass die Vereinbarung, die sich langsam herauskristallisierte, innerhalb von Syriza durchfallen würde und ebenso auch in der öffentlichen Meinung.

Aus den parteieigenen Reihen, auch weit über die Linke Plattform hinaus, gab es Appelle an die Führung und an Tsipras selbst, dass dies nicht akzeptabel sei. Am Ende jener Woche gab es dann einen deutlichen Umschwung in der öffentlichen Meinung. Die Leute hatten den Prozess endloser Verhandlungen schlichtweg satt. Es herrschte die Auffassung, dass die Troika ausschließlich darauf aus war, die griechische Regierung zu demütigen.

Tsipras, von dem man sagen muss, dass er als Politiker durchaus ein Spieler ist, verstand das Referendum – eine Idee die übrigens nicht gänzlich neu war und bereits von anderen Personen in der Regierung ins Spiel gebracht worden war, unter anderem von Yanis Varoufakis – nicht als Bruch mit dem Verhandlungsprozess, sondern als Schachzug, um seine Verhandlungstaktik zu stärken.

Ich kann das mit Sicherheit sagen, da ich Zugang zu detaillierten Berichten über die entscheidende Kabinettsitzung am Abend des 26. Juni hatte, an dem das Referendum angekündigt wurde.

Zwei Dinge müssen an dieser Stelle betont werden: Erstens ist es so, dass Tsipras und die meisten ihm nahestehenden Personen davon ausgegangen sind, es würde ein Spaziergang werden. Und das traf vor der Bankenschließung auch absolut zu. Die

allgemeine Stimmung deutete darauf hin, dass es einen überwältigenden Sieg von mindestens 70 Prozent geben würde.

Das war ziemlich realistisch. Wären die Banken nicht geschlossen worden, wäre das Referendum mit Leichtigkeit gewonnen worden. Aber die politische Bedeutsamkeit wäre eine andere gewesen, denn es wäre ein „Nein“ gewesen ohne die aufgeladene und dramatische Atmosphäre, die durch die Schließung der Banken und die Reaktion der Europäer kreiert wurde.

Was in dieser Kabinettsitzung geschah, war, dass eine gewisse Anzahl an Leuten – der rechte Flügel der Regierung, unter der Führung des stellvertretenden Premiers Giannis Dragasakis – den Vorschlag ablehnten. Tatsächlich ist Dragasakis derjenige, der den gesamten Verhandlungsprozess auf griechischer Seite überwacht. Alle Mitglieder der Verhandlungsgruppe – mit Ausnahme des neuen Finanzministers Euclid Tsakalotos – sind auf seiner Seite, und er war der prominenteste unter denjenigen im Kabinett, die Varoufakis loswerden wollten.

Für diese Gruppe war das Referendum ein hochriskanter Vorschlag und verstanden es gänzlich anders als Tsipras: Als äußerst konfrontativen Schachzug, der harsche Reaktionen der europäischen Seite hervorrufen würde – damit sollten sie recht behalten.

Zudem hatten sie Angst vor der Dynamik von unten, die durch diese Initiative entstehen würde. Auf der anderen Seite vertrat Panagiotos Lafazanis, Führungsfigur der Linken Plattform und Energieminister, die Position, dass das Referendum die richtige Entscheidung sei, wenngleich sie zu spät käme. Er warnte allerdings auch davor, dass es einer Kriegserklärung nahe käme, dass Zahlungen eingestellt würden und wir innerhalb weniger Tage damit rechnen müssten, dass die Banken geschlossen würden. Die meisten Anwesenden lachten einfach über diese Vorstellung.

Ich denke dieser Mangel an Gespür dafür, was passieren würde, ist absolut entscheidend für ein Verständnis der gesamten Logik, mit der die Regierung bisher gehandelt hat. Sie konnten einfach nicht glauben, dass die Europäer so reagieren würden, wie sie reagiert haben. In gewisser Hinsicht hatte der rechte Flügel von Syriza eine wesentlich klarere Vorstellung dessen, was auf sie zukam.

Das erklärt auch, was in der Woche vor dem Referendum auf jener Ebene vor sich ging. Tsipras wurde von Dragasakis und anderen extrem unter Druck gesetzt, das Referendum zurückzuziehen. Das hat er natürlich nicht getan, er machte jedoch klar, dass der rechte Flügel mit seinen nächsten Schritten einverstanden sein würde. Sein Vorgehen war daher kein Bruch mit der bisherigen Linie, sondern eher ein taktischer Zug innerhalb dieses Rahmens.

Das steckte also hinter dem Quasi-Rückzieher am Mittwoch vor der Abstimmung?

Ganz genau. An jenem Mittwoch haben manche sogar von einem intern stattfindenden

Putsch gesprochen und in Athen brodelten die Gerüchte, dass Tsipras das Referendum zurückziehen würde. In seiner Rede bestätigte er dann das Referendum, stellte jedoch auch klar, dass es ein Werkzeug in der Aushandlung eines besseren Deals sein sollte, und dass es nicht das Ende der Verhandlungen darstellen würde, sondern lediglich deren Fortsetzung unter vorgeblich verbesserten Bedingungen. Und bei dieser Aussage blieb er die ganze Woche über.

Ein Aspekt, den ich an diesem Vorgang selbst aus der PR-Perspektive nicht verstanden habe, ist die Tatsache, dass er ein Referendum zu einer Reihe vorgeschlagener Maßnahmen ausgerufen hat, zu deren Ablehnung er die Leute anschließend aufrief – nur um dann im Vorlauf der Abstimmung einen Schritt auf die Gläubiger zuzumachen, der in mancherlei Hinsicht noch schlimmer wirkte als die Maßnahmen, zu deren Ablehnung er die Menschen aufgerufen hatte. Das hat einen absolut dilettantischen und chaotischen Eindruck vermittelt.

Ich habe versucht die Absichten Tsipras zu rekonstruieren, vor allem im Bezug auf deine Frage, ob er dachte, dass er das Referendum verlieren würde und im Versuch, klarzustellen, welche Bedeutung das Referendum für ihn hatte. Klar ist jedoch, dass es Kräfte freigesetzt hat, die weit über jede Absicht hinausgingen. Tsipras und die Regierung waren offenkundig von der Dynamik, die von ihrem Referendum ausging, überrumpelt.

In der Folge haben sie mit allen Mitteln versucht, diese Büchse der Pandora wieder zu schließen. Die Art, wie Tsipras mit dem Druck von Dragasakis umging – was auch jenen Mittwoch so entscheidend machte – bestand darin, dass er ihre Linie akzeptierte und seinen berüchtigten Brief an die Eurogruppe schrieb, und davor noch den Brief, in dem er um einen weiteren Kredit bat. Das alles ebnete den Weg für die Ereignisse der Woche nach dem Referendum.

Auf der anderen Seite musste er als Rechtfertigung der Tatsache, dass er das Referendum zurückziehen konnte, ohne sich der völligen Lächerlichkeit preiszugeben, seine Initiative begründen. Er musste über den Kampf gegen die Sparmaßnahmen des Juncker-Pakets reden, er musste über die Erpressung durch die Troika reden, der er ausgesetzt war. Und natürlich packte die Dynamik, die sich von unten entwickelte, diese Gelegenheit beim Schopf, nahm ihn beim Wort und sagte der Troika den Kampf an.

Dies ist ein klassisches Beispiel für eine Initiative, die von oben als Resultat interner Widersprüche entstanden war und schließlich darin mündete, Kräfte freizusetzen, die weit über das hinausgingen, was die Führung beabsichtigt hatte. Das ist entscheidend, denn es muss klar sein, dass eine der größten Schwierigkeiten, denen Tsipras nach der Kapitulation in Form der gestrigen Übereinkunft (13.7.2015, E.S.) gegenübersteht, in der äußerst fragwürdigen politischen Rechtmäßigkeit seines Handelns nach dem Referendum besteht.

Wir müssen uns klar machen, dass es völlig illusorisch ist anzunehmen, dass man so tun

könnte, als hätte das Referendum nie stattgefunden. Es hat stattgefunden und für die internationale öffentliche Meinung sowie für die griechische Gesellschaft ist es offensichtlich, dass Tsipras das Mandat des Volkes verrät.

In der großen Frage, ob Tsipras eine Art machiavellistisches Super-Taktikgenie oder ein wilder Zocker ist, der von den die Ereignisse überwältigt wurde, ordnest du dich also dem zweiten Lager zu?

Nun, ich gehöre definitiv zum zweiten Lager, wenn wir Folgendes klarstellen: Tsipras und die restliche Führung haben tatsächlich von Anfang an recht konsequent dieselbe Linie verfolgt. Sie dachten, dass die Kombination aus einem „realistischen“ Ansatz in den Verhandlungen und einer gewissen rhetorischen Entschlossenheit zu Eingeständnissen seitens der Europäer führen würden. Mit dieser Linie gerieten sie jedoch in eine Falle, und als sie dies bemerkten, hatten sie keine alternative Strategie. Sie lehnten konsequent jede andere Strategie ab und machten eine Umsetzung nahezu jedes anderen Ansatzes unmöglich, als das Zeitfenster dafür noch offen gewesen wäre. Nun sagt Varoufakis in dem Interview, das er dem „New Statesman“ vor ein paar Tagen gegeben hat, dass ein kleines Team um ihn herum in der Woche vor dem Referendum an einem alternativen Plan gearbeitet hätte. Darin enthalten gewesen sei die staatliche Kontrolle der Banken, die Ausstellung von Schuldscheinen und das Abkoppeln der griechischen Zentralbank von der Frankfurter EZB – also eine Art schrittweiser Ausstieg. Das kam jedoch ganz klar viel zu spät und wurde von nahezu allen übrigen Ökonomen im Kabinett abgelehnt, womit er im Grunde Dragasakis meint. Und Tsipras bestätigte diese Entscheidung natürlich.

Deshalb müssen wir die Kontinuität in der Linie von Tsipras betonen. Aus diesem Grund finde ich auch, dass das Wort „Verrat“ ungeeignet ist, wenn wir verstehen wollen, was gerade passiert. Objektiv betrachtet wiederum können wir natürlich sagen, dass es einen Verrat am Auftrag der Bevölkerung gab, und dass die Menschen sich zurecht verraten fühlen.

Üblicherweise gehört zum Konzept des Verrats allerdings der Moment, in dem man die bewusste Entscheidung trifft, sich von seinen Verpflichtungen abzuwenden. Was meiner Meinung nach in Wirklichkeit passiert ist, war, dass Tsipras ehrlich daran geglaubt hat, ein positives Ergebnis erzielen zu können, indem er eine Vorgehensweise des Verhandelns und Entgegenkommens an den Tag legte. Deswegen sagte er auch fortwährend, dass er keinen Plan B habe. Er dachte, wenn er als loyaler „Europäer“, frei von „Hintergedanken“ auftreten würde, würde dies belohnt werden. Andererseits zeigte er sich einige Monate lang dem Druck gewachsen und machte einige unvorhersehbare Schachzüge, wie etwa das Referendum oder seine Reise nach Moskau. [...]

Und wo liegen die Ursprünge dieser Strategie? Inwieweit ist es ideologische Verblendung, inwieweit schlichte Ahnungslosigkeit? Für viele ist es verwirrend, dass da eine Regierung ist, die zu großen Teilen aus Intellektuellen besteht, aus

Menschen, die ihr ganzes Leben damit verbracht haben, die politische Ökonomie des heutigen Kapitalismus zu studieren, sowohl in abstrakter als auch in konkreter Hinsicht, aus Menschen, die politische Aktivisten sind. Wie kann man sich also ihre augenscheinliche Naivität gegenüber dem politischen Gegner erklären? Liegt es an tief verwurzelter Ideologie oder einfach nur an einem Mangel an Erfahrung mit „Spitzenpolitik“?

Ich meine wir müssen zwischen zwei Gruppen innerhalb der Regierung unterscheiden. Zunächst gibt es den rechten Flügel der Regierung, angeführt von den zwei Chefökonomten Dragasakis und Giorgos Stathakis. Und dann gibt es den Führungskern, Tsipras und die Leute um ihn herum.

Die erste Gruppe hatte von Anfang an eine klare Linie – auf ihrer Seite gab es absolut keine Naivität. Ihnen war völlig klar, dass die Europäer niemals einen Bruch mit dem Memorandum hinnehmen würden.

Darum hat Dragasakis von Anfang an alles getan, um die Logik der allgemeinen Vorgehensweise nicht zu ändern. Er hat offensichtlich alle Versuche sabotiert, Syriza ein ordentliches Wirtschaftsprogramm zu geben, selbst wenn dieses sich innerhalb der mehrheitlich von der Partei angenommenen Rahmenbedingungen bewegt hätte. Er glaubte, eine verbesserte Version der Rahmenbedingungen des Memorandums sei das Einzige, was man erreichen könne. Er wollte sich ganz darauf konzentrieren, den Deal mit den Europäern auszuhandeln, ohne selbst allzu sehr in Erscheinung zu treten. Es gelang ihm, die Verhandlungsgruppe zu steuern, besonders nachdem man Varoufakis ins Abseits gedrängt hatte.

Im Sommer 2013 hatte er ein sehr interessantes Interview gegeben, das damals für viel Aufsehen sorgte. Was er vorschlug, war nicht einmal eine mildere Variante des Syriza-Programms, sondern tatsächlich ein ganz anderes Programm, welches sich nur durch minimale Verbesserungen vom existierenden Übereinkommen abhob, welches die Nea Dimokratia unterzeichnet hatte.

Und dann gibt es den anderen Ansatz, den von Tsipras, welcher in der Ideologie eines linken Europagedankens wurzelt. Das beste Beispiel hierfür ist meiner Meinung nach Euclid Tsakalotos, ein Mann, der sich selbst als strammen Marxisten bezeichnet und aus einer eurokommunistischen Tradition kommt. Wir sind seit Jahren zusammen in einer Organisation. Eines seiner typischsten Statements, das sowohl seine Ideologie als auch seine Perspektive zur Wirkung der großen akademischen Präsenz darstellt, findet sich in einem Interview mit der französischen Website Mediapart aus dem April dieses Jahres.

Als er nach seinem bisher größten Aha-Moment seit der Regierungsübernahme gefragt wurde, antwortete er damit, dass er sich als Akademiker, dessen Job es sei, Volkswirtschaft an der Universität zu lehren, natürlich gewissenhaft auf die Verhandlungen in Brüssel vorbereitet hätte. Er hätte ein ganzes Arsenal an Argumenten vorbereitet und

erwartete ebenso fundierte Gegenargumente. Was er aber stattdessen erlebt habe, war, Leuten gegenüberzustehen, die ohne Unterlass Regeln, Abläufe und so weiter herunterleierten. Tsakalotos sagte, er sei enttäuscht gewesen vom niedrigen Niveau der Diskussion. Im Interview mit dem „New Statesman“ berichtet Varoufakis sehr ähnlich von seinen Erfahrungen, obwohl sein Stil eindeutig konfrontativer ist als der von Tsakalotos.

Daran zeigt sich, dass diese Leute eine Konfrontation mit der EU erwartet hatten, die ähnlich einer wissenschaftlichen Konferenz ablaufen würde, bei der man eine ordentliche Präsentation liefert und erwartet, eine ordentliche Gegenpräsentation zu hören.

Ich denke das ist symptomatisch dafür, wie es in der heutigen Linken aussieht. Die Linke ist voll von Menschen, die es gut meinen, aber im Bereich der Realpolitik völlig überfordert sind. Aber es zeigt ebenso die geistige Verwüstung auf, die der fast schon religiöse Glaube an den europäischen Geist verursacht hat. Diese Leute haben also tatsächlich bis zum bitteren Ende daran geglaubt, dass sie etwas aus der Troika herausholen könnten. Sie dachten, dass zwischen „Partnern“ doch ein Kompromiss möglich sein müsste, und dass man ja gemeinsame Grundwerte hätte, wie etwa den Respekt vor demokratischen Mandaten oder die Chance einer vernünftigen Diskussion auf Basis ökonomischer Argumente. [...]

Was aber tatsächlich passiert ist, glich einem Kampf zwischen zwei Menschen, bei dem die eine Person Gefahr läuft, einen Zeh zu verlieren, und die andere Person Gefahr läuft, eines oder beide Beine zu verlieren. [...]

Dieser Glaube an den europäischen Geist, den du in der zentralen Fraktion der Syriza-Führung siehst – worin hat der seinen ideologischer Ursprung? [...]

Für diese Menschen gibt es also nur zwei Möglichkeiten: Entweder „Europäer“ sein und die existierenden Rahmenbedingungen akzeptieren, was objektiv anscheinend einen Fortschritt gegenüber der alten Realität der Nationalstaaten darstellt – oder „Anti-Europäer“ sein, was gleichbedeutend wäre mit einem Rückfall in den Nationalismus sowie reaktionärem und regressivem Handeln.

Hierin liegt eine schwache Legitimation der Europäische Union – sie ist zwar nicht ganz ideal, aber besser als alles andere.

Dieser Fall zeigt meiner Ansicht nach deutlich, welche Ideologie hier am Werk ist. Auch wenn man sich nicht positiv mit dem Projekt identifiziert und starke Zweifel an der neoliberalen Ausrichtung und der hierarchischen Struktur der europäischen Institutionen hat, bewegt man sich trotzdem innerhalb seiner Koordinaten und kann sich nichts Besseres außerhalb seiner Rahmenbedingungen vorstellen.

Das steht hinter dem Verschreien eines Grexit als Rückfall in die 1930er beziehungsweise apokalyptisches Szenario. Es ist ein Symptom dafür, wie sehr die Führung in ihrer eigenen Ideologie des linken Europagedankens festsetzt.

Es ist leichter, sich den Weltuntergang vorzustellen, als ein Ende der Europäischen Union oder selbst des Euros.

Exakt. Genau das habe ich bereits vor einigen Jahren geschrieben.

Diese unkritische Haltung der EU gegenüber ist nicht kompatibel mit den Ansichten von Nicos Poulantzas, auch wenn einige Intellektuelle Poulantzas nutzen um die Position der Führung zu verteidigen.

Ja, Poulantzas behandelte im ersten Teil seines Buches über soziale Klassen im zeitgenössischen Kapitalismus die europäische Integration. Er analysiert darin den Prozess der Internationalisierung des Kapitals und sieht die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft klar als Beispiel für eine imperialistische Internationalisierung des europäischen Kapitals im Rahmen dessen, was er als strukturelle Nachkriegshegemonie der Vereinigten Staaten ansah.

Kommen wir noch einmal auf das Referendum selbst zurück. Das Referendum fand vor dem Hintergrund einer Liquiditätskrise statt und wurde begleitet von Bankenschließungen, hysterischen Gegenkampagnen der Medien und dem Druck der „Ja“-Parteien. Dann passierte jedoch etwas, das eine enorme Gegenreaktion in der griechischen Bevölkerung auslöste. War ihr Motiv Nationalstolz? War es hauptsächlich eine Klassenfrage? Oder spielte, wie Paul Mason und andere spekuliert haben, die Erinnerungen an den Bürgerkrieg eine Rolle? Was sind die Hauptursachen für das klare „Nein“?

Von allen Faktoren, die du erwähnt hast, hat der Bürgerkrieg wohl die kleinste Rolle gespielt. Wir müssen berücksichtigen, dass das „Nein“ selbst in den traditionell stark konservativen Teilen des Landes wie etwa Lakonien nahe Sparta, Messinia und anderen Gebieten in Zentral-Griechenland, wo die Rechte dominiert, wie beispielsweise Evrytania, klar überwog. Das „Nein“ war in allen Bezirken Griechenlands mehrheitlich.

Der Faktor Klasse war definitiv der wichtigste von den Dreien, die du genannt hast. Ich werde sie noch einmal der Wichtigkeit nach durchgehen. Selbst Kommentatoren, die eher im Mainstream angesiedelt sind, mussten anerkennen, dass diese Abstimmung in ihrer Trennung nach Klasse einzigartig für die griechische Geschichte war. In den Arbeitervierteln gab es 70 Prozent und mehr für ein „Nein“, in den Reichtenvierteln 70 Prozent und mehr für ein „Ja“.

Die hysterische Gegenkampagne der herrschenden Kräfte und die dramatische, konkrete Situation, verursacht durch Bankenschließungen und Einschränkungen der Bargeldabhebungen, ließen in den unteren Klassen sehr schnell die Erkenntnis erwachsen, dass das „Ja“-Lager all das verkörperte, was sie hassten. Die Tatsache, dass das „Ja“-Lager eine Reihe verhasster Politiker, Experten, Geschäfts- und Medienleute für seine Kampagne mobilisiert hat, tat sein Übriges um diese Klassenreaktion zu

entflammen.

Die zweite Sache, die ebenso beeindruckend ist, ist die Radikalisierung der Jugend. Zum ersten Mal seit Beginn der Krise hat die Jugend als Masse vereint Stellung bezogen. 85 Prozent der 18-24-jährigen stimmten für „Nein“, was zeigt, dass diese Generation, die vom Memorandum komplett geopfert wurde, sich über die Zukunft, die sie erwartet, durchaus im Klaren ist und eine sehr klare Einstellung zu Europa hat.

In der französischen Tageszeitung „Le Monde“ gab es einen Artikel, der fragte: „Wie kommt es, dass Jugendliche, die mit dem Euro und der Europäischen Union aufgewachsen sind, sich nun gegen sie wenden?“. Die Antwort aller Interviewten war einfach: Wir haben gesehen, wofür Europa steht. Europa steht für Austerität, für die Erpressung unserer Regierung und Europa steht für die Zerstörung unserer Zukunftsaussichten.

Das erklärt auch die entschlossenen Massendemonstrationen jener Woche, gipfelnd vor allem am Freitag den 3. Juli mit Demonstrationen in Athen und anderen Großstädten Griechenlands.

Ein dritter Faktor ist sicherlich der Nationalstolz. Das erklärt, warum selbst außerhalb der großen urbanen Zentren, im ländlichen Griechenland und den kleinen Städten, wo die Trennlinien zwischen den Klassen nicht so klar verlaufen, das „Nein“ eine klare Mehrheit hatte. Es war ein „Nein“ zur Troika, es war ein „Nein“ zu Juncker. Die Wahrnehmung war dahingehend, dass selbst für diejenigen Menschen, die der Regierung skeptisch gegenüber stehen und sich nicht mit Syriza oder Tsipras identifizieren, ganz klar war, dass es sich um den Versuch handelte, eine gewählte Regierung zu demütigen und das Land unter der Herrschaft der Troika zu halten.

Du hast einige Arbeitsstellen besucht um für das Nein zu werben. Kannst du ein bisschen über die Stimmung dort berichten?

Das war natürlich eine einzigartige Erfahrung. Man traf auf unterschiedlichste Situationen – die Atmosphäre bei den Eisenbahnern war sehr angespannt. Deren Unternehmen ist bereits weitestgehend zerlegt, und was übrig ist, wird privatisiert werden. Die Arbeiter dort wussten, dass Syriza die Privatisierung der Eisenbahn bereits akzeptiert hatte. Das war sogar schon in der ersten Reformliste enthalten, die von Varoufakis nach den Vereinbarungen vom 20. Februar verkündet wurde.

Aber trotz der unterschiedlichsten Hintergründe drehte sich an allen Arbeitsstellen, die ich besucht habe, die Diskussion um zwei unterschiedliche Punkte: Warum hat die Regierung bisher so wenig gemacht, warum ist sie so ängstlich? Und: Was werdet ihr nach dem Sieg des „Neins“ machen?

Für diese Leute war es vollkommen klar, dass das „Nein“ gewinnen würde, denn die „Ja“-Kampagne war an den Arbeitsplätzen und allgemein innerhalb der Arbeiterklasse

unsichtbar. Daher gab es keinen Zweifel daran, wie das Ergebnis ausfallen würde. Aber es war eine große Nervosität darüber zu spüren, was nach dem Sieg geschehen würde.

Die Fragen waren also: Was sind eure Pläne? Was werdet ihr tun? Warum redet ihr immer noch über Verhandlungen, wenn wir seit fünfeinhalb Monaten sehen, dass dieser Ansatz fehlgeschlagen ist? [...]

Die erste unmittelbare Auswirkung des klaren „Nein“-Sieges waren zunehmende Auflösungserscheinungen der Opposition.

An jenem Abend, als das Ergebnis feststand, stand auch die vollständige Niederlage dieser Leute fest – es war die bei Weitem herbste Niederlage der Austeritätsbefürworter seit Beginn der Krise. Es war noch viel deutlicher und offensichtlicher als bei den Wahlen im Januar, nach denen sie sich neu aufgestellt und alle Kräfte mobilisiert haben. Trotzdem haben sie diese vernichtende Niederlage erlitten. Sie haben nicht in einer einzigen Region Griechenlands gewonnen.

Der Vorsitzende der Nea Dimokratia und ehemalige Premier Antonis Samaras ist quasi unmittelbar zurückgetreten. Nur Stunden später war es Tsipras selbst, der dieses gesamte Lager wiederbelebte, indem er es zum „Ratschlag der Vorsitzenden“ einlud, unter der Leitung des Präsidenten der Republik – einem offenen „Ja“-Unterstützer, der im Februar von einer Syriza-Mehrheit im Parlament berufen worden war.

Bei diesem Treffen passierte außergewöhnliches – der Kopf des siegreichen Lagers akzeptierte die Bedingungen des besiegten Lagers. Das – und man muss es so sagen – ist einzigartig in der politischen Geschichte. Ich weiß nicht, ob es so etwas jemals gegeben hat.

[...]

Es ist auch erwähnenswert, dass im Laufe der Woche ein Radikalisierungsprozess in der öffentlichen Meinung stattfand. Es war spürbar, auf den Straßen, an den Arbeitsstellen und an öffentlichen Orten aller Art.

Ich will nicht behaupten, alles sei einheitlich gewesen. Es gab Leute, die argumentierten, dass ein „Nein“ der Regierung einfach nur neue Karten für die Verhandlungen geben würde. Ich sage nicht, dass das nicht der Wahrheit entspricht. Aber wir müssen auch die Wucht des „Neins“ aus der Sicht der Leute im Land verstehen, besonders der Arbeiterklasse, der Jugend und der verarmten Mittelklasse – es bedeutet, dass sie dem Gefühl nach nichts mehr zu verlieren zu haben und bereit sind, Risiken auf sich zu nehmen und sich einen Kampf zu liefern. Das schlug sich auch im Kampfgeist der Freitagsdemonstrationen nieder. Das war äußerst beeindruckend. So etwas habe ich in Griechenland seit den 1970er-Jahren nicht mehr erlebt.

[...]

Die symbolträchtigste und wichtigste Abstimmung wird jetzt stattfinden. Die Abstimmung in

der vergangenen Woche betraf die Vorschläge für die Verhandlungen. Die nächste Abstimmung über das am Sonntag unterzeichnete Abkommen entscheidet über die Zukunft von Syriza und des gesamten Landes. Und allen Informationen nach, die ich bisher habe, wird diese eindeutig werden und im kollektiven Gedächtnis ähnlich haften bleiben wie die berühmten Abstimmungen im Mai 2010 und im Februar 2012, als alle Abgeordneten und ihr individuelles Abstimmungsverhalten genau beobachtet wurden.

Was hältst du von dem Argument, das beispielsweise Alex Callinicos vertritt, mit dem du vor ein paar Tagen diskutiert hast, das darauf lautet, dass dies der Moment war, in dem die Linke Plattform die Legitimation durch das Referendum hatte und dass sie ihre Gelegenheit versäumt hat?

Ich glaube es ist zu früh, um zu beurteilen, ob wir verloren haben oder nicht. Solche Dinge werden nicht in einem einzelnen Moment entschieden – zumindest nicht in diesem speziellen Moment. Aktuell läuft ein sich entwickelnder Prozess und ich denke der richtige Schock wird die Allgemeinheit mit dem neu unterzeichneten Abkommen erreichen.

Was ich zu diesem Zeitpunkt sagen kann, ist, dass die Linke Plattform sich darauf verständigt hat, die Partei zurückzugewinnen, und nach einem Parteitag zu verlangen. Ich glaube es ist ziemlich klar, dass diese Kehrtwende Syrizas nur von einer Minderheit innerhalb der Partei unterstützt wird. Natürlich wissen wir zu gut um unglaublich einfallsreiche und unbegrenzte bürokratische Einflussmöglichkeiten auf innerparteiliche Prozesse. Es ist jedoch für mich schwer, vorzustellen, dass die Mehrheit der Syriza-Mitglieder es gutheißt, was geschehen ist. Grundsätzlich wird die Führungsebene sich entschlossen gegen den Ruf nach einem Parteitag stellen. Wir werden sehen, was passiert, denn an sich erlaubt uns die Satzung die Einberufung eines Treffens des Zentralkomitees und so weiter.

Objektiv betrachtet allerdings hat der Zerfallsprozess von Syriza bereits begonnen. Syriza, wie wir sie kennen, gibt es nicht mehr, und die Spaltung ist absolut unumgänglich. Die einzige Frage ist, wie alles vonstattengehen wird und welche Formen es annimmt.

[...]

Wie schätzt du die Vereinbarung ein, die am letzten Wochenende (12./13.7., E.S.) zwischen der griechischen Regierung und der Eurogroup geschlossen wurde?

Das Abkommen ist auf allen Ebenen eine vollständige Fortsetzung der Schocktherapie, der Griechenland die letzten fünf Jahre kontinuierlich unterzogen worden ist. Es geht sogar noch weiter als alles bisher Abgestimmte. Es beinhaltet die Sparmaßnahmen, die seit Monaten kontinuierlich von der Troika vorangetrieben wurden, mit hohen Primärüberschusszielen durch höhere Einnahmen aus Mehrwertsteuer sowie in den letzten fünf Jahren geschaffenen Sondersteuern, weiteren Rentenkürzungen und weiteren realen Lohnkürzungen, die mit der Reform der Gehaltsskala einhergehen werden.

Was jetzt noch hinzugefügt wurde und dem Abkommen einen besonders üblen Beigeschmack gibt, ist das Folgende: Erstens wurde zementiert, dass der IWF auf unbestimmte Zeit involviert bleibt. Zweitens werden die Institutionen der Troika auf Dauer in Athen vertreten bleiben und drittens wird Syriza davon abgehalten, zwei ihrer Hauptversprechen einzulösen, wie etwa die Wiedereinführung von Arbeitsrechten – es gab vage Absichtserklärungen im Sinne bewährter europäischer Verfahren, aber letztlich wurde klar gemacht, dass die Regierung nicht zur früheren Gesetzgebung zurückkehren konnte, was selbstverständlich auch den Mindestlohn betrifft.

Das Privatisierungsprogramm wurde auf ein unglaubliches Niveau hochgeschraubt – wir sprechen hier von einem Privatisierungsvolumen von rund 50 Milliarden Euro – der gesamte öffentliche Besitz wird also verkauft. Und nicht nur das: Alles wird an eine Institution überwiesen, auf die Griechenland keinen Einfluss hat. Es gab Gerüchte darüber, dass diese ihren Sitz in Luxemburg haben sollte – tatsächlich wird sie ihren Hauptsitz in Athen haben – aber sie wird dennoch vollkommen außerhalb jeder politischen Kontrolle liegen. Es handelt sich hierbei um den üblichen Treuhandprozess für die Privatisierung des ehemaligen DDR-Staatsbesitzes.

Die härteste Maßnahme von allen ist die, dass – mit Ausnahme des Gesetzes über humanitäre Maßnahmen, einer reduzierten Version des Syriza-Programms, die im Grunde symbolisch ist – der gesamte Rest der wenigen verabschiedeten wirtschaftlichen und sozialen Gesetze, welche die Regierung verabschiedet hatte, von ihr wieder zurückgenommen werden muss.

[...]

Was ist mit potenzieller Aktivität der sozialen Bewegung heute, etwa einem Streik im Öffentlichen Dienst?

Das ist die noch unbekannte entscheidende Größe. Wie sieht das Gesamtbild jetzt aus? Wir haben ein neues Memorandum und wir haben eine Neuordnung der parlamentarischen Mehrheit, die hinter diesem Memorandum steht. Das wird symbolisch bei der kommenden Abstimmung bestätigt werden, wo der wir den Großteil der Syriza-Abgeordneten erneut mit den Pro-Austeritäts-Parteien werden stimmen sehen. Und es wird erneut eine Kluft zwischen der politischen Vertretung dieses Landes und seinen Menschen geben. Dies ist also der Widerspruch, der aufzulösen ist.

Hier haben die Nazis jetzt ganz klar freies Feld. Sie werden sicherlich versuchen, daraus Kapital zu schlagen. [...] Die große Frage ist nun, wie stark die Mobilisierung gegen diesen Tsunami neuer Maßnahmen sein wird, der wieder die Arbeiter trifft – und selbstverständlich die absolute Dringlichkeit der Neuformierung einer kämpferischen Linken gegen Austerität. Das ist natürlich die größte Herausforderung.

Wir wissen, dass es einige Elemente für eine Neuformierung der Linken gibt und wir wissen, dass die Hauptverantwortung dafür im weitesten Sinne auf den Schultern der

Syriza-Linken lastet. Im engeren Sinne liegt eine noch größere Verantwortung bei der Linken Plattform, da sie der strukturierteste, konsequenteste und politisch klarste Teil dieses Kräftespektrums ist. Das wird also die Prüfung der kommenden Monate.

[...] Die Strategie des „guten Euro“ und der „guten Europäer“ ist offensichtlich gescheitert, was vielen Menschen gerade dämmert. Im Prozess um das Referendum wurde das sehr klar, und die Probe wurde äußerst drastisch. Die Lektion daraus war hart, aber notwendig.

Die zweite These, die ich damals formuliert hatte, war die, dass politischer Erfolg nötig ist, auch auf Wahlebene, um neue Zyklen der Mobilisierung anzustoßen. Ich meine, auch das hat sich in zwei entscheidenden Momenten bewahrheitet.

Der Erste waren die drei Wochen nach den Wahlen, als die Stimmung sehr kämpferisch und konfrontativ war und man sich sehr viel zutraute. Er endete mit dem Abkommen vom 20. Februar. Von diesem Moment an fand ein Rückfall in eine Stimmung der Passivität statt, in Angst und Unsicherheit darüber, was im Gange war. Der zweite Moment war natürlich das Referendum. Hier konnten wir beobachten, was eine politische Initiative mit konfrontativem Moment für Kräfte freisetzen und wie sie als Katalysator für einen Radikalisierungsprozess der breiten Masse dienen kann. Diese Erkenntnis müssen wir mitnehmen.

Nun zum Urteil über soziale Bewegungen und die Linke Plattform im Besonderen. Nun, angesichts der schwachen Regierungsbilanz können wir festhalten, dass es keine speziellen Regierungsinitiativen gab, die einer öffentlichen Mobilisierung konkret die Tür geöffnet hätten. Solche Maßnahmen wurden nie unternommen.

Syriza hat fast nichts aus ihrem Wahlprogramm umgesetzt. Das beste, was die Minister der Linken Plattform erreichen konnten, war das Blockieren bestimmter Vorgänge, speziell die Privatisierung des Energiesektors, die zuvor angestoßen worden war. Sie haben ein wenig Zeit gewonnen, das war jedoch alles. Was wir in dieser Zeit auch deutlich beobachten konnten, war, dass die Regierung, die Führung sich völlig von der Partei abgesondert hat. Dieser Prozess hatte bereits begonnen – darüber haben wir in unserer letzten Unterhaltung gesprochen – nun aber ist er sozusagen auf einem Höhepunkt.

Verstärkt wurde dies dadurch, dass der gesamte Verhandlungsprozess an sich bei den Menschen Passivität und Ängstlichkeit ausgelöst und die kämpferischsten Teile der Gesellschaft an den Rand der Erschöpfung getrieben hat. Vor dem Referendum war die Stimmung ganz klar derart, dass wir dieser Art Waterboarding-Prozess sicherlich nicht mehr lange würden standhalten können. Irgendwo muss ein Ende sein.

Das habe ich persönlich auch nicht kommen sehen. Ich dachte, alles würde schneller gehen. Ich hatte nicht damit gerechnet, dass das Manövrieren in der Sackgasse sich so hinziehen und unseren Spielraum für eigenen Initiativen so beschränken würde.

Nun ist selbstverständlich der Moment der unausweichlichen Selbstkritik gekommen, der

gerade anläuft. Die Linke Plattform hätte in dieser Zeit in Sachen alternativer Vorschläge mehr tun können. Der Fehler ist unübersehbar, da ein entsprechendes Papier existierte und man nur intern gezögert hat, was den richtigen Zeitpunkt für die Veröffentlichung anging.

Wir waren ruhiggestellt und überrumpelt von dieser Endlosschleife aus Verhandlungen, dramatischen Momenten und so weiter und erst als es bereits zu spät war, in der besagten Fraktionssitzung, wurde eine gekürzte Version der Vorschläge endlich öffentlich gemacht und zog seine Kreise. Das ist etwas, das wir viel früher hätten tun sollen.

Was ist deine Einschätzung der Angriffe auf die Aussagen von Costas Lapavitsas, dass Griechenland nicht bereit für den Grexit sei und es dadurch praktisch keinen Ausweg gäbe? Ein Problem dieser Formulierung – auch wenn sie rein faktisch sicherlich richtig ist, da es keine Vorbereitungen auf einen Grexit gab – ist, dass sie ihre Aussage selbst bestätigt, da diejenigen, die den Grexit wollen, niemals in die Lage kämen, ihn vorzubereiten.

Ich meine, Costas' Aussage wurde falsch interpretiert. Zunächst einmal ist Costas einer der Fünf, die das Papier der Linken Plattform direkt unterschrieben haben, aus dem klar hervorgeht, dass selbst jetzt noch Alternativen möglich sind.

Was Costas mit seiner Erklärung hinter verschlossenen Türen in der Parlamentariergruppe betonen wollte, war Folgendes: Ein Grexit müsse vorbereitet werden, und es gab eine politische Entscheidung dafür, nichts vorzubereiten, und dadurch im entscheidenden Moment jedwede Möglichkeit einer Alternative auszuschließen.

Also alle Brücken hinter sich abubrechen.

Ganz genau. Es war genau diese Strategie, die systematisch von der Regierung verfolgt wurde. Besonders fixiert darauf war meiner Ansicht nach Giannis Dragasakis – er machte jeden Schritt in Richtung einer öffentlichen Kontrolle der Banken unmöglich. Er ist im Prinzip die Vertrauensperson der Banker und der großen Banken in Griechenland und hat absolut dafür gesorgt, dass das Herz des Systems, also die Bindung privater Interessen an den Staat, unverändert geblieben ist, seit Syriza an die Macht kam.

[...]

Das Gespräch führte Sebastian Budgen. Der Text erschien zuerst auf englisch auf Jacobinmag.com: <https://www.jacobinmag.com/2015/07/tsipras-varoufakis-kouvelakis-syriza-euro-debt/>